

Heiners vierter persönlicher Brief aus dem Bundeshaus

Herbstsession, 20. September – 8. Oktober 2004

In der Herbstsession behandelte der Nationalrat zahlreiche wichtige Geschäfte. Es wurde intensiv gerungen, die Mitglieder des Bundesrates kämpften für ihre Anliegen. Eigentlich ging alles seinen gewohnten Lauf. Wann da die öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen den Bundesräten Pascal Couchepin und Christoph Blocher nicht gewesen wären. Diese dominierten die Berichterstattung in den Medien. Dass dies dem Ansehen unserer Landesregierung schadet, machte mein EVP-Kollege Walter Donzé in einer Interpellation sichtbar. Mich ärgerte insbesondere, dass damit wichtige Sachgeschäfte untergingen und die interessierten Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gar nicht richtig darüber informiert sind, was eigentlich in den eidgenössischen Räten läuft.

Keine eidgenössische Erbschafts- und Schenkungssteuer

Am 7.10.2004 behandelte der Rat endlich meine bereits am 8.5.2003 eingereichte Parlamentarische Initiative für die Einführung einer eidgenössischen Erbschafts- und Schenkungssteuer. Auch nach Auffassung des früheren Bundesrates Kaspar Villiger handelt es sich dabei um eine der gerechtesten Steuern. Mit einer hohen Freigrenze für direkte Erben und einem Anteil für die Kantone würde damit ein hohes Mass an arbeitslosem Einkommen versteuert. Der Rat lehnte meinen Vorstoss für mehr Steuergerechtigkeit mit 93 zu 63 Stimmen ab. Unterstützt wurde der Vorstoss von SP und Grünen. In der Medienberichterstattung war er kaum ein Thema. Gut berichtet wurde in der Basellandschaftlichen Zeitung, im (Winterthurer) Landboten und in den Schaffhauser Nachrichten. Einige Medien brachten eine Kurzmeldung ohne Namens- oder Parteinentennung. Für die NZZ, den Tages-Anzeiger und den (Berner) Bund war er nicht einmal eine Erwähnung wert. Ein erfahrener Bundeshausredaktor sagte mir, mein Vorstoss sei wesentlich wichtiger als derjenige von Ueli Giezendanner für die Wiedereinführung von Formel 1-Rennen in der Schweiz; letzterer sei jedoch publizistisch wesentlich besser ausschlagbar.

Gerechtere Sitzverteilung bei den Nationalratswahlen; keine Chance im Nationalrat

Namens unserer Fraktion unterstützte ich am 27.9.2004 dieses Postulat von Ruth Genner (Grüne). Ich wies unter anderem darauf hin, dass die EVP bei Proporzgerechtigkeit aufgrund der Wahlen von 2003 fünf Sitze im Nationalrat haben müsste. Nur schon die Prüfung dieses Anliegens hatte im Nationalrat leider keine Chance.

Bundesgesetz über die Fachhochschulen

Bei der Beratung dieses Gesetzes am 28.9.2004 begann ich mein Votum in der Eintretensdebatte wie folgt: „Die WBK (Wissenschaft, Bildung, Kultur) ist eine glückliche Kommission. Weshalb? Da wird stundenlang debattiert, und man ist sich in den wesentlichen Punkten einig. In anderen Kommissionen ist das umgekehrt. Es wird zwar auch stundenlang debattiert, aber die Gegensätze verändern sich nicht, sondern sie verhärten sich.“ Das Fachhochschulgesetz ist für mich ein Zeichen dafür, wie auch heute lösungsorientiert gehandelt wird. Das Gesetz ging anschliessend zur Differenzbereinigung an den Ständerat.

Bundesgesetz über die Krankenversicherung; Teilrevision

29.9.2004. „Auch Heiner Studer (evp) will eine Gesundheitskarte einführen. Der Datenschutz scheint gewährleistet“ (NZZ). Diese kleine Teilrevision wurde in der Herbstsession bereinigt. Am 8.10.2004 fand die Schlussabstimmung statt.

Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas und der GUS. Weiterführung

Ich sprach mich am 4.10.2004 aus Ueberzeugung für die Fortführung aus. Was den Zusammenhang mit den Bilateralen Abkommen II mit der Europäischen Union betrifft, betonte ich namens der EVP, dass wir bei den sogenannten Kohäsionszahlungen „natürlich nicht damit einverstanden sind, dass dannzumal der grosse Teil zulasten des EDA gehen soll. Es ist unbestritten, dass auch das Volkswirtschaftsdepartement dazu beitragen muss, aber wir sind auch der Meinung, dass auch das Justiz- und Polizeidepartement und das Finanzdepartement dazu beitragen müssen; denn diese beiden werden dann von den zukünftigen Schritten profitieren. Deshalb sollen dann die vier Departemente einen Beitrag erbringen, damit nicht das Risiko entsteht, dass dann die grösste Belastung – und eben nicht Entlastung – dort stattfindet, wo es die Aermsten dieser Erde trifft.“ Der Nationalrat stimmte der Vorlage klar zu.

Parlamentarische Vorstösse.

Parlamentarische Initiative Einführung einer eidgenössischen Erbschafts- und Schenkungssteuer. Der am 8.5.2003 eingereichte Vorstoss wurde am 7.10.2004 vom Nationalrat mit 93 zu 63 Stimmen abgelehnt (siehe oben).

Meine Interpellation betreffend Zukunft der AHV, eingereicht am 2.6.2004, nach der Ablehnung der 11. AHV-Revision durch das Volk, wurde vom Bundesrat am 15.9.2004 beantwortet. Aufgrund seiner Bereitschaft, meine Anliegen wie Flexibilisierung der Renten, ernsthaft zu prüfen, war ich von der Antwort befriedigt.

Am 4.10.2004 reichte ich eine Interpellation betreffend Vorwürfe im Zusammenhang mit der Fussball-Europameisterschaft 2008 ein.

Wintersession, 29. November – 17. Dezember 2004

Besucherinnen und Besucher sind im Bundeshaus während den Sessionen sehr willkommen.

Mit herzlichen Grüssen

Heiner